

Kein Geld für Zerstörung

An aerial photograph showing a large area of deforestation. A blue excavator is visible on the left, operating on a steep, brown, eroded hillside. The ground is marked with deep, parallel tracks. To the right, a dense green forest remains, contrasting with the destroyed area. In the top left corner of the image, there is a red circular logo with a white 'X' inside, symbolizing rejection or a ban.

Initiative für
einen nachhaltigen
Finanzplatz

Q&A

Warum ist die Finanzbranche so wichtig für den Klima- und Umweltschutz?

Durch Kreditvergabe, Investitionen und Versicherungsdienstleistungen hat der Finanzsektor einen entscheidenden Einfluss auf die Ausrichtung der globalen Wirtschaft. Finanzinstitute halten also einen grossen Hebel zur Eindämmung der Klima- und Biodiversitätskrise in der Hand, nutzen diesen jedoch nicht genug.

Im Gegenteil: Laut UN-Umweltprogramm fliessen weltweit etwa fünf Billionen US-Dollar jährlich an privaten Geldern in umweltschädliche Aktivitäten. Darunter die Abholzung von Regenwäldern und der Abbau von Kohle. Nur ein Prozent dieser Summe kommt hingegen der Wiederherstellung der Natur zugute, während jedes Jahr mehrere Billionen fehlen, um die internationalen Klima- und Biodiversitätsziele zu erreichen.

Ist die Schweiz nicht viel zu klein, um einen Unterschied zu machen?

Die Schweiz ist ein kleines Land, doch ihr Finanzplatz ist ein globales Schwergewicht. Hier ansässige Banken und Versicherungen richten mit ihren internationalen Geschäftsbeziehungen grossen Schaden an. So fliessen jedes Jahr Milliarden in umweltschädliche Aktivitäten im Ausland. Während die heimische Wirtschaft und auch Privatpersonen zunehmend Anstrengungen unternehmen, ist der Finanzplatz für ein Vielfaches der gesamten inländischen CO₂-Emissionen der Schweiz verantwortlich.

Was genau will die Finanzplatz-Initiative erreichen?

Der Bund soll sich für eine ökologisch nachhaltige Ausrichtung des Schweizer Finanzplatzes einsetzen und eine entsprechende Gesetzgebung auf den Weg bringen. Damit soll sichergestellt werden, dass Schweizer Banken und Vermögensverwalter, aber auch Versicherungen und Pensionskassen ihre Geschäftstätigkeit im Ausland an den internationalen Klima- und Biodiversitätszielen ausrichten. Zudem sollen neue Projekte zur Förderung fossiler Energieträger wie Kohle oder Erdöl nicht mehr finanziert oder versichert werden.

Wie werden die Ziele der Initiative erreicht?

Banken und Versicherungen sollen nicht nur die Kreditfähigkeit ihre Geschäftspartner beurteilen. Sie dürfen nicht länger wegschauen, wenn das Geld im Ausland zur Umweltzerstörung und Klimaerhitzung eingesetzt wird.

Transitionspläne: Zur Umsetzung der Initiative sollen die Finanzinstitute sogenannte Transitionspläne erarbeiten und umsetzen. Darin sollen sie darlegen, mit welchen Strategien, Zwischenzielen, Massnahmen und Ressourcen sie ihre Geschäftstätigkeiten mit Unternehmen im Ausland auf die internationalen Klima- und Biodiversitätsziele ausrichten. Ein glaubwürdiger Transitionsplan muss zielgerichtet, wissenschaftlich fundiert, unabhängig überprüft und vergleichbar sein.

Aufsichtsmechanismus: Zur Durchsetzung der Vorgaben wird eine Aufsicht mit Verfügungs- und Sanktionskompetenz geschaffen, welche stichprobenartig und auf Verdacht hin prüft. Sie kann bei bestehenden Aufsichtsbehörden wie der Finma angesiedelt werden.

Internationale Standards: Die Initiative schafft keinen «Swiss Finish», sondern orientiert sich an bestehenden internationalen Standards und völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass die Standards und Methoden im Bereich Biodiversität relativ neu und noch weniger weit entwickelt sind als im Klimabereich.

Warum beschränkt sich die Initiative auf Geschäfte mit Unternehmen im Ausland?

Im Inland gelten bereits viele umwelt- und klimarechtliche Vorgaben, zum Beispiel Energievorschriften beim Hausbau. Schweizer Unternehmen können direkt über die schweizerische Gesetzgebung in die Pflicht genommen werden. Das ist zweckmässiger und effizienter als eine indirekte Regulierung über den Finanzplatz. Inländische Geschäftstätigkeiten wie das Hypothekargeschäfte oder die Kreditvergabe an ein Schweizer KMU sind von der Initiative deshalb ausgenommen.

Bei den internationalen Geschäften von Schweizer Finanzmarktteilnehmenden gibt es hingegen bislang kaum klare Regeln bezüglich der Umweltauswirkungen. Das führt dazu, dass der Finanzplatz für ein Vielfaches der gesamten inländischen CO₂-Emissionen der Schweiz verantwortlich ist. So machen Grossbanken und Versicherungen die Klimaschutzbemühungen im Inland wieder zunichte.

Bleibt der Schweizer Finanzplatz mit der Initiative konkurrenzfähig?

Überschwemmungen, Dürren, Brände und andere Folgen der Klima- und Biodiversitätskrise stellen für die globale Wirtschaft eine zunehmende Gefahr dar und bergen auch für die Finanzbranche erhebliche Risiken.

Die Finanzplatz-Initiative unterstützt den Wandel zu einer nachhaltigen globalen Weltwirtschaft. Sie stärkt die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und hilft dem Schweizer Finanzsektor, international nicht den Anschluss zu verlieren. Denn ein Blick über die Landesgrenzen hinaus zeigt, dass andere bedeutende Finanzplätze teilweise schon weiter sind und vermehrt Regulierungen im Bereich Nachhaltigkeit erlassen, darunter London, Singapur oder auch die EU.

Gibt es Ausnahmen für kleine Finanzmarktteilnehmende?

Die Initiative sieht Ausnahmen für Finanzmarktteilnehmende vor, deren Tätigkeiten mit geringen Umweltauswirkungen verbunden sind. Damit wird sichergestellt, dass der Gesetzgeber beispielsweise kleine Kantonalbanken und Pensionskassen, die bestimmte Schwellenwerte zu Kapitalbasis, Kreditgeschäft und Anlagevolumen nicht überschreiten, vom Geltungsbereich der Initiative ausnimmt.